diesmal wieder spiegeln zu lassen. Fürst Eulenburg ist viel zu bewandert in allen politischen Fragen, viel zu bekannt mit allen einflußreichen Persönlichkeiten, und durch ein langes Leben viel zu sehr mit allen politischen Fragen des Landes verknüpft, als daß er nicht von den Gegnern der politischen Persönlichkeiten für ihre Kabalen in Anspruch genommen werden sollte. Seine Gegnerschaft gegen Fürsten Bülow besteht nicht seit heute erst. Er hatte allerdings in den letzten Jahren keine Gelegenheit mehr, erfolgreich nach dieser Richtung hin tätig zu sein. Auch jetzt ist es ihm naturgemäß versagt, auf direktem Wege seinen Einfluß geltend zu machen. Trotzdem hat er auf Umwegen über Frankreich und England doch manches „geschafft". Er hat alles, was er weiß oder zu wissen glaubt, auswärtigen Journalisten erzählt, und auf diese Weise versucht, gegen die leitenden Persönlichkeiten Stimmung zu machen. So erzählte der „Eri de Paris" eine längere Geschichte von dem Verhalten des Kanzlers zum Kaiser und von angeblichen Worten, die gefallen sein sollen, die aber von A bis Z erfunden sind. Den Ursprung dieser Enten hat man wohl in Liebenberg zu suchen. Die Aushorcher und Gebärdenspäher wissen schon, an wen sie sich zu wenden haben, um „geeignetes Material" für allerlei Sensationsmeldungen, die man dem Pariser und Londoner Publikum bieten muß, zusammenzubringen. Den Journalisten selbst liegt wohl irgendein Vorgehen gegen leitende Persönlichkeiten direkt nicht am Herzen. Aber diejenigen, die solche Nachrichten in die Blätter lancieren, wissen sehr wohl, daß sie auf die Art noch gehört werden und Unheil stiften können. Man darf in dieses Gebiet wohl auch die jüngste Meldung verweisen, die von der Festsetzung einer erneuten Verhandlung gegen Eulenburg zu berichten weiß. Daran ist aber kein wahres Wort. Es sind weder bisher Nachrichten über den Gesundheitszustand des Fürsten auf „privatem" Wege, noch auf anderem Wege an die Behörde gekommen. Darum wird auch vor der Hand keine gerichtsärztliche Kommission den Fürsten auf seinen Gesundheitszustand untersuchen, noch dürfte die Staatsanwaltschaft „der Fortsetzung des Strafverfahrens näher treten". Natürlich wird die Weiterführung des Prozesses beschlossen werden, wenn der Fürst gesund ist. Augenblicklich war aber davon noch nicht die Rede, da Fürst Eulenburg noch nicht verhandlungsfähig ist. Wenn aber trotzdem das Gegenteil in der Presse verbreitet wurde, so kann man die Ansicht nicht unterdrücken, daß dabei mancherlei Pläne mitgespielt haben. Auch in englischen Zeitungsartikeln wird viel von der Tätigkeit des Reichskanzlers erzählt. Dabei sind mancherlei intime Details in diesen Artikeln mit eingeflochten, die ihren Ursprung bestimmt nicht in England oder in englischen Journalisten haben. Sollte darum die Meldung auftauchen, daß bei Eulenburg augenblicklich lebhafter Besuch ist, dann werden wohl in Liebenberg wieder mancherlei Fäden gesponnen werden, die sich wie stets gegen die leitenden Stellen zu einem Netz zusammenschließen sollen.

Reichstagsbilder.

Berlin, 18. November.

Der Reichstag hat sich bis zum Donnerstag vertagt, und in den weiten Räumen des Wallotbaues herrscht wieder Ferienstimmung und Stille. Am Donnerstag soll die Beratung der Reichsfinanzreform beginnen, und man will wohl diesmal den politischen Parteien und ihren Rednern Gelegenheit geben, sich auf diese schwierige Materie in Ruhe vorzubereiten. Man wird dieses Bestreben des Reichstages nur billigen können. Nicht immer ist dies so gehandhabt worden. In der vorjährigen Session kam es vor, daß die Vorlage wegen des amerikanischen Handelsprovisoriums dem Reichstag am Nachmittag zuging und am nächsten Vormittag verhandelt werden sollte. Diesmal hat man gewissermaßen einen tiefen Atemzug, um sich auf die zweite Sensation der beginnenden Winterkampagne vorzubereiten, nachdem der Reichstag so unerwartet seine Sitzungen mit der größten Sensation seit seinem Bestehen eröffnet hatte.

Wenn man auf die hinter uns liegenden Tage der Beratung des Kaiser-Interviews zurückblickt, so wird man vor allen Dingen die äußerliche Wirkung angesichts des traurigen Ausklanges des zweiten Tages im Interesse der Bedeutung der Sache bedauern müssen. Die Verhandlungen der deutschen Volksvertretung erheben sich ja selten auf einen Höhepunkt. Die Nüchternheit des grauen Alltages umschwebt fast alle Sitzungen, und man kann das psychisch begreiflich finden. Wer nur einmal einen dreitägigen Kongreß mitgemacht hat und täglich 4—5 Stunden den Verhandlungen folgt, der wird sicherlich am letzten Tage eine ziemliche Ermüdung und den Wunsch in sich fühlen, von diesem einzigen Anhören von Reden befreit zu sein. Der Reichstagsabgeordnete hat Tag für Tag Gelegenheit, etwa 5—6stündigen Debatten beizuwohnen, und das stumpft allmählich so ab, daß nur selten das Auseinanderplatzen der Geister oder eine hochbedeutende Rede den Reichstag aus der Ruhe und den Redner zur beabsichtigten Wirkung bringt.

Wer zum erstenmal einer Verhandlung beiwohnt, wird sich des deprimierenden Eindruckes der Unaufmerksamkeit des Plenums nicht entziehen können. Man sieht einen Abgeordneten auf der Tribüne sprechen, seine Parteigenossen, deren Bänke dichter besetzt sind als die der anderen Fraktionen, hören ihm achtungsvoll zu, die übrigen sprechen miteinander, erledigen ihre Korrespondenz, zeigen jedenfalls die größte Unaufmerksamkeit, und oft gelingt es dem Redner kaum, sich verständlich zu machen. Hat er geendet, so verlassen mit ihm seine Parteigenossen vielfach den Sitzungssaal und es „strömen" die Fraktionskollegen desjenigen herein, der nun das Wort ergreift. So kann es denn auch vorkommen, daß der vierte und fünfte Redner lediglich noch einmal dieselben Gedankengänge wiederholt, die die Redner vor ihm ausgesprochen haben, denn die ihm Zuhörenden sind ja ganz andere, als bei den vorhergehenden Rednern.

Am Tage der Besprechung des Kaiser-Interviews war das ja etwas anders. Die Nerven waren angespannt, eine gewisse elektrische Spannung und Gewitterschwüle lag über dem Ganzen. Bassermann sprach gut und eindrucksvoll, und das Haus hörte ihn mit größter Ruhe und Spannung an. Oft brauste der Beifall zu ihm empor, wenn er an der einen oder anderen Stelle den Finger in die offene Wunde legte und das persönliche Regiment in seinen schädlichen Folgen charakterisierte. Daß aber von einer einheitlichen Kundgebung des Reichstages nicht die Rede sein konnte, ersah man schon daraus, daß diese vorerwähnten Beifallsbezeugungen nur aus den Reihen seiner Parteifreunde kamen, während die Mitglieder der übrigen Fraktionen wie die guterzogenen Kinder mit dem Ausbruch ihres Empfindens warteten, bis ihr eigener Fraktionsredner das Wort haben würde. Als Bassermann geendet, blickte jeder erwartungsvoll zum Kanzler, und als dieser das Wort nicht nahm, sondern der Führer der Freisinnigen Dr. Wiemer die Rednertribüne bestieg, da war auch die erste große Spannung gewichen, die Restaurationsräume füllten sich, und nur ein Teil der Abgeordneten blieb im Plenum zurück.

An solchen Tagen werden natürlich von den Fraktionen die besten Pferde aus dem Stall geholt und vorgeschickt, und man kann danach das Maß an den Grad der Beredsamkeit im Deutschen Reichstag anlegen. Bassermann weiß für den politisch Interessierten gut und wirkungsvoll zu sprechen und manche Einschaltung einzuflechten, die der Zustimmung sicher ist und innerlich befreundet. Seine Reden halten sich stets auf einer gewissen Höhe der Sachlichkeit, und er verschmäht vollständig jedes Mätzchen, das anderen Rednern zur Erhöhung der Wirkung ihrer Ausführungen unerläßlich erscheint. Viel weniger eindrucksvoll sprach Dr. Wiemer. Er ist der frühere Stenograph Eugen Richters und nimmt auch dessen historischen Eckplatz im Reichstag ein, aber der kaustische Witz, die Etatskenntnisse und der Geist des alten Recken von Hagen sind nicht auf ihn übergegangen. Er spricht sehr unnatürlich, und seine etwas manierierte Art des Ausdruckes stößt hier im Plenum des Reichstages ab, während sie in der Volksversammlung ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Konservativen haben überhaupt keinen wirkungsvollen Redner unter den jetzigen Kämpen der Reichstagsfraktion, und hatten sich deshalb den im Besitz eines Doppelmandates befindlichen heißsporningen Führer der Landtagsfraktion, Herrn von Heydebrand und der Lasa Sprachrohr erkoren, der kurz und prägnant den Standpunkt der Konservativen darlegte. Der Zentrumsredner Freiherr von Hertling ist ein guter Diplomat, bei dem man die Empfindung hat, daß jedes seiner Worte genau abgewogen ist, und bei dem man manchmal daran denkt, daß seine Reden vielleicht den Nebenzweck haben, bei geeigneter Gelegenheit durch irgendeinen Kardinal-Erzbischof an hoher Stelle zur Lektüre empfohlen zu werden. Diesmal kam der Diplomat aus dem Konzept, denn als der Reichstag nach Bülows Erklärung die Debatte nicht schloß, da war er so wenig darauf vorbereitet, die Bülowsche Erklärung in seine Ausführungen einzubeziehen, daß er unter Heiterkeit des Hauses erklärte, er würde seine Rede so halten, als wenn der Reichskanzler noch nicht gesprochen hätte.

Einen vermißte man unter den Rednern der beiden Tage, der wohl manches zu sagen gehabt hätte, was der Ausdruck der Meinung vieler wäre, das war Friedrich Naumann. Nur selten läßt ihn seine Fraktion zu Worte kommen und fast nie an erster Stelle. Bei der Debatte über Heimarbeit mußte Naumann, der die Materie genau kennt, als vierter oder fünfter Redner der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft sprechen. Berliner Bezirksvereinsgrößen wie Kopsch, Wiemer und andere werden als Fraktionsredner vorgeschickt und öden das Haus an, den geistvollsten Kopf, den die Freisinnigen unter sich haben, behandeln sie gewissermaßen so, wie man der Korpsregel nach den neu eingetretenen Fuchs zu erziehen pflegt. Es würde doch wirklich nichts schaden, wenn der alte Schrader einmal seine allgemeinen Bemerkungen und Redewendungen für sich behielte und dafür Naumann reden ließe. Es zeigt sich aber auch hier die alte Erscheinung, daß politische Parteien, die ein sehr freiheitliches Prinzip verfechten, in ihrem Innern die größte Autokratie ausüben. Den Schaden hiervon wird nur die Partei selbst haben, namentlich gegenüber der benachbarten nationalliberalen Fraktion, deren Führer Bassermann nicht nur uneingeschränkte Autorität, sondern auch uneingeschränktes Zutrauen sich dadurch zu erwerben gewußt hat, daß er jede Individualität innerhalb der Partei fördert und zur regen Teilnahme an den Arbeiten des Reichstages zu veranlassen sucht.

Diesmal wurde allerdings der Reichstag für das Ausbleiben der Naumannrede entschädigt durch die Rede Haußmanns, die beste, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurde. Der Ernst, die Würde und die bei alledem durchbrechende Vaterlandsliebe seiner Ausführungen, der Verzicht auf die billigen erfolgversprechenden Redewendungen eines Liebermann von Sonnenberg erhoben seine Rede und damit seine Stellung im Reichstage zu etwas Bedeutsamem. Als er der Bülowschen Wendung, daß die Deutschen keinen Schattenkaiser wollten, ebenso ernst die Meinung entgegensetzte, daß sie auch keinen Sonnenkönig gebrauchen könnten, als er ruhig, jedes Wort betonend den Worten des Kanzlers von den ernsten Tagen, in denen das deutsche Volk sich befinde, die Frage entgegensetzte: Waren es auch ernste Tage für den Kaiser?!, da waren diese einfachen Worte des tiefsten Eindruckes sicher.

Nach dieser Rede Haußmanns hätte die Debatte des großen Tages geschlossen werden müssen. Aber wie in den griechischen Dramen zum Schluß das Satyrspiel erscheint, so erschien mit der gelben Weste und schwarzer Einfassung der Frühstücksdiplomat Herr von Kinderlen-Wächter und glaubte mit ein paar nichtssagenden Redensarten die verlorene Situation retten zu können. Das Gelächter des Hauses verschlang seine Ausführungen, und doppelt traurig mußte dieses Ergebnis anmuten, als man in den Couloirs hörte, daß die Ernennung dieses Herrn und sein Eingreifen in die Debatte auf Anregung des Kaisers selbst erfolgt sei, der geglaubt habe, dem Fürsten Bülow in Herrn von Kinderlen-Wächter einen hervorragenden Sekundanten zu sekken. Wenn man im Bilde bleiben will, dann würde Herr von Kinderlen-Wächter wohl nur zu denjenigen Sekundanten gehören, die den eigenen Paukanten verletzen, anstatt ihn vor dem Gegner zu schützen.

Wenn man Donnerstag die Beratung über die Reichsfinanzreform beginnt, wird eine andere Kategorie von Rednern den Reigen eröffnen. Die Führer der Fraktionen, die bei großen politischen Ereignissen die Partei vertreten, werden in den Hintergrund treten, und die wirtschaftlichen Kapazitäten werden zu Worte kommen. An Stelle des Herrn von Heydebrand und der Lasa wird voraussichtlich einer oder der andere Führer des Bundes der Landwirte den von der konservativen Partei eingenommenen Standpunkt verteidigen. Statt Bassermann wird Herr Paasche und zu seiner Sekundierung der sächsische Abgeordnete Dr. Weber sprechen und ähnlich wird es in anderen Parteien sein. Bei den Nebenschlachten des ersten Tages handelt es sich um die allgemeinen Gesichtspunkte, während der Kampf um die Einzelinteressen dann bei Beratung der einzelnen Gesetze entbrennen wird. Schon jetzt sind die Wandelgänge des Reichstages schwarz von Besuchern und all die Vorstandsmitglieder des Tabakvereins, der Weinbauer, der Branntweininteressenten und anderer Berufsgruppen bemühen sich durch mündliche Demonstration die drohende Steuer von sich abzuwenden, und wenn es nach den Wünschen eines jeden ginge, dann blieben von den geforderten 500 Millionen wohl kaum 50 übrig.

Die Abgeordneten selbst sinnen und trachten aber auch jetzt noch weniger über die Probleme der Reichsfinanzen, als darüber, ob am Donnerstag bei Beginn der Sitzung der Reichskanzler Fürst Bülow selbst an seinem Platze anwesend sein und die Steuerreform begründen wird, oder ob inzwischen den sich häufenden Sensationen die neue des Kanzlerwechsels hinzugefügt und damit nach Meinung der Mehrzahl der bürgerlichen Parlamentarier ein weiteres Dokument der Wirksamkeit des persönlichen Regimentes dem bisherigen hinzugefügt werden wird.

Die Oberlehrerbesoldung in Sachsen und Preußen.

Man schreibt uns:

In Sachsen sind die Gehälter der Oberlehrer an den staatlichen höheren Schulen durch die neue Besoldungsordnung geregelt worden; in Preußen steht diese Neuregelung bevor. Preußen war für den Oberlehrer bisher ein Dorado im Vergleich zu Sachsen. Die Sachsenflucht ist ja beinahe sprichwörtlich geworden. Wie wird dies Verhältnis nun in Zukunft, wenn, woran nicht zu zweifeln ist, die Vorlage der preußischen Regierung Gesetz wird?

Von der Ständigkeit an betragen die Gehaltsbezüge eines Oberlehrers:

Jahr	Sachsen	Preußen	Jahr	Sachsen	Preußen
1	3000	2700	13	4800	5400
2	3000	2700	14	5400	5400
3	3000	2700	15	5400	5400
4	3000	3400	16	5400	6000
5	3000	3400	17	6000	6000
6	3600	3400	18	6000	6000
7	3600	4100	19	6000	6600
8	4200	4100	20	6600	6600
9	4200	4100	21	6600	6600
10	4200	4800	23	6600	7200
11	4800	4800	23	7200	7200
12	4800	4800	24	7200	7200
			25	7200	7200

Summe in 25 Dienstjahren: in Sachsen 125 400, in Preußen 127 800.

Die Tabelle zeigt, daß anfangs Sachsen etwas mehr leistet, daß dieses Mehr aber durch die anfänglich größeren Alterszulagen in Preußen bereits im 11. Dienstjahre vollkommen wieder eingeholt ist, und daß von da ab der einzige Unterschied darin besteht, daß die nächsthöhere Gehaltsstufe in Preußen um 1 Jahr früher eintritt. Da das im ganzen viermal vorkommt, beträgt die Gesamtleistung in Preußen für jede gleiche, 21 Jahre übersteigende Dienstzeit 2400 ℳ mehr als in Sachsen. Damit aber sind die Gehaltssätze beider Staaten einander so nahe gekommen, daß allein um des Gehaltes willen kein sächsischer Oberlehrer mehr an Sachsenflucht denken wird.

Anders freilich steht es mit dem Wohnungsgeld. Für einen Oberlehrer in einer Großstadt Sachsens beträgt dies seit Anfang 1908 in 25 Jahren 4mal 360 und 21mal 480 ℳ, zusammen also 11 520 ℳ.

In Preußen betrug das Wohnungsgeld der Oberlehrer bisher:

	in Servisklasse				
	A	I	II	III	IV
jährlich	900	660	540	480	420 ℳ
Summe in 25 Jahren	22 500	16 500	13 500	12 000	10 500 ℳ

Danach bezog also schon bei den bisherigen Sätzen ein Oberlehrer in Halle in 25 Jahren rund 5000 ℳ Wohnungsgeld mehr als sein Kollege in Leipzig. Nun ist aber in Preußen eine Erhöhung der Wohnungsgeldsätze um 50 Proz. mit Sicherheit zu erwarten, so daß die obige Tabelle für die Zukunft folgende, auch für die entsprechende Klasse der Reichsbeamten vorgeschlagene Form annehmen wird:

	in Servisklasse				
	A	I	II	III	IV
jährlich	1 860	990	810	720	630 ℳ
Summe in 25 Jahren	33 750	24 750	20 250	18 000	15 750 ℳ

Dadurch steigt doch der Unterschied zwischen Halle und Leipzig auf mehr als 13 000 ℳ in 25 Jahren an. Außerdem sind bis zu 900 ℳ dieses Wohnungsgeldes pensionsfähig.

Bei aller Anerkennung für den gewaltigen Fortschritt, der in Sachsen durch die neue Besoldungsordnung geschaffen worden ist, darf man sich also doch der Erkenntnis nicht verschließen, daß man anderswo noch ein Stück weiter ist.

Es kommt nun hinzu, daß Oberlehrerstand in Preußen und Oberlehrerstand in Sachsen bis jetzt nicht ganz genau dasselbe ich. Preußen zählt zu den als solche bezahlten Oberlehrern die wissenschaftlichen Lehrer an allen Arten von höheren Schulen, ganz gleich, ob es Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen sind oder nur sechsklassige Progymnasien, Realschulen oder gar nur höhere Mädchenschulen. Preußen hat darin von jeher den der Billigkeit allein entsprechenden Standpunkt eingenommen, daß den Maßstab für die Besoldung die Vorbildung abgeben muß, nicht aber die Schulgattung, an die der einzelne Lehrer mehr durch Zufälligkeiten bei der Anstellung, als auf Grund eigener Wünsche gerät. Preußen drückt damit auch aus, daß rechte Lehrerarbeit an jeder Stelle den ganzen Mann erfordert.

In Sachsen ist der Grundsatz: Gleiches Gehalt bei gleicher Vorbildung! durch die neue Besoldungsordnung zwar für die staatlichen Schulen durchgeführt, nicht aber für die städtischen höheren Schulen. Da gibt es noch immer unterschiedliche Besoldung je nach der Schulgattung. Das mag erklärlich sein aus der historischen Entwicklung — es gibt in Sachsen weder staatliche höhere Mädchenschulen noch staatliche Realschulen —, ist aber trotzdem heute durch nichts zu rechtfertigen. Warum soll ein akademisch gebildeter Oberlehrer in Löbau oder in Frankenberg weniger Gehalt haben als ein Leipziger oder Dresdner, während der Löbauer oder Frankenberger Amtsrichter denen in Leipzig oder Dresden im Gehalte völlig gleichsteht?

Man sieht, es gibt in Sachsen noch immer unerfüllte, aber berechtigte Wünsche, und auch unsere Stadt Leipzig kann nicht zu ihrem Oberlehrerstande sagen, wie Gretchen zu Faust: Ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.

Möge die demnächst zu erwartende Neuordnung der Besoldung der Leipziger höheren Lehrerschaft endlich einmal aufräumen mit veralteten Anschauungen, die auf diesem Gebiete in vielen, namentlich gebildeten Kreisen noch zu finden sind, und auch in Leipzig einen Zustand schaffen, wie er in Dresden und Chemnitz bereits seit geraumer Zeit besteht, nämlich volle Gleichstellung aller akademisch gebildeten Oberlehrer.

Die Orientkrisis.

London, 19. November. (Tel.)

Die „Times" melden aus Konstantinopel:

Das Programm der Pforte für die internationale Balkankonferenz wird den Signatarmächten des Berliner Vertrages heute überreicht werden. Das Programm umfaßt im allgemeinen sieben Punkte:

1) Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses Ostrumeliens.

2) Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses Bulgariens, sowie des Betrages, welcher Bulgarien wegen der Nachzahlung des bulgarischen Tributs und Beteiligung an der Dette publique der Türkei schuldet, ebenso der rückständigen Summe des ostrumelischen Tributs.

3) Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses Bosniens und der Herzegowina.

4) Feststellung der Kompensationen für Serbien und Montenegro, vorausgesetzt, daß diese Kompensationen in voller Uebereinstimmung mit den Interessen der Türkei stehen.

5) Abschaffung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages in Anbetracht der Tatsachen, daß diese Artikel bereits durch die Herstellung der konstitutionellen Regierung in der Türkei hinfällig geworden sind.

6) Abänderung der Kapitulationen auf der bereits angegebenen Basis.

7) Die Türkei wird keine Opposition machen bei Beratung einer Abänderung des Artikels 29 des Berliner Vertrages.

Montenegro kriegsbereit.

(Telegramm.)

Von der montenegrinischen Grenze kommt neuer Kriegsalarm. Die Lage ist dort augenblicklich derart gespannt, daß der Ausbruch einer Katastrophe jeden Augenblick erfolgen kann. Ueber die Situation liegt folgender Bericht vor:

Wien, 19. November.

Die Montenegriner sind zum Kriege vorbereitet. Die Verbindungen mit Cattaro sind seit 2 Tagen unterbrochen. An der Grenze haben die Montenegriner Geschütze schwersten Kalibers aufgestellt, deren Mündungen gegen Cattaro und die umliegenden österreichischen Forts gerichtet sind. Aus Cattaro sind die Familien der Offiziere und Beamten bereits ausgezogen. Die militärischen und administrativen Archive sind weggeschafft worden. Weiter meldet dasselbe Blatt, der Dugapaß, der den Eingang aus der Herzegowina nach Montenegro bildet, sei von 8000 Montenegrinern besetzt. Die telegraphische Verbindung mit Cattaro, die vom österreichischen Telegraphenamt in Cattaro vermittelt wird, ist unterbrochen.

Hierzu sagt die „N. Fr. Pr.": Von authentischer Seite wird berichtet, daß sich die Meldungen aus Cattaro bestätigen, doch wird hinzugefügt, daß diese Tatsachen schon einige Zeit an offizieller Stelle bekannt sind. Dem politischen Tatbestand ist nichts Neues hinzugefügt.

Deutsche Waffenlieferungen für die Türkei.

(Telegramm.)

London, 19. November.

„Daily Telegr." meldet aus Konstantinopel:

Die Regierung hat gestern das Angebot der deutschen Firma Ehrhardt für die Lieferung von 160 000 Schrapnells und Granaten für Schnellfeuergeschütze angenommen. Das Angebot war bedeutend niedriger als das der übrigen Firmen. Der Betrag der Lieferung beläuft sich auf 316 000 türkische Pfund.

Unruhen auf Mytilene.

(Telegramm.)

Konstantinopel, 19. November.

Auf der Insel Mytilene sind Unruhen ausgebrochen. Ein Kanonenboot, mehrere Torpedoboote und Torpedobootszerstörer, sowie ein Bataillon Infanterie sind dorthin abgegangen.

Abg. Dr. Rühlmann †.

* Eine erschütternde Trauerkunde verbreitete sich am Bußtag in Döbeln. Am Dienstagabend ¼11 Uhr verstarb dort der Landtagsabgeordnete Oberstudienrat Dr. Rühlmann. Man schreibt uns dazu aus Döbeln. Wahrhaft tragisch ist sein plötzlicher Tod. Seit acht Tagen beschäftigen sich die Zeitungen mit einem Vorfalle, der sich vor vier Wochen im Landtag zugetragen hat und bei dem der Abg. Rühlmann Hauptbeteiligter war. Die Erörterung des „Falles" in der Presse regten den schon nervenkranken Mann so auf, daß er am Montag auf einem Spaziergange einen schweren Ohnmachtsanfall erlitt. Hierbei lag er mehrere Stunden hilflos im Stadtpark und zog sich eine Erkältung zu, so daß er schwerkrank heimgebracht wurde. Bereits am Dienstag nachmittag war sein Ableben vorauszusehen und nach schwerem Todeskampfe verschied er am Abend. Oberstudienrat Rektor Prof. Dr. Rühlmann war am 13. Mai 1846 als Sohn des Kammermusikus und Musikschriftstellers Jul. Rühlmann geboren. Von 1860 bis 1865 studierte er auf dem Polytechnikum zu Dresden Mathematik und Physik, darnach bezog er die Universitäten Leipzig und Berlin. 1866—67 war er am Realgymnasium zu Leipzig tätig, Ostern 1868 wurde er Assistent für Physik am Polytechnikum zu Karlsruhe und habilitierte 1869 als Privatdozent an dieser Hochschule. 1870 wurde er als erster Lehrer für Mathematik und Physik an das Kgl. Realgymnasium zu Chemnitz berufen, und 1889 als Rektor an das Kgl. Realgymnasium mit Höherer Landwirtschaftsschule zu Döbeln. Außer seiner Leitung nahm das hiesige Realgymnasium teil an allen Fortschritten der Zeit, besonders auch an den elektrotechnischen Errungenschaften. In der Elektrotechnik war Rektor Dr. Rühlmann eine Autorität, er gab eine Anzahl physikalischer und elektrotechnischer Werke heraus und nach seinen Angaben sind 1900—1905 die Elektrizitätswerke zu Penig, Frankenberg, Döbeln, Waldheim, Hartha erbaut worden. Dem Landtage gehörte er als Nachfolger des Geh. Kommerzienrates Niethammer seit Herbst 1905 an. Im Landtage ist er Dank seiner Sachkenntnis besonders für die Lehrer eingetreten. Seine Leiche wird in der Aula des Realgymnasiums aufgebahrt und am Freitag nachmittag erfolgt auf dem hiesigen Niedergottesacker seine Beerdigung. — Man schreibt uns außerdem von unterrichteter Seite: Der Abg. Dr. Rühlmann ist einem tragischen Geschick erlegen. Ueber die Vorkommnisse, die seine ohnehin überreizten Nerven vollständig zerrütteten und schließlich seinen Tod herbeiführten, ist in verschiedenen Blättern allerlei berichtet worden, darunter auch Falsches. Wäre er noch am Leben, so würde er wohl